



Der Stadtverordnetenvorsteher  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3738  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren  
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 15.12.2011

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
der Stadtverordnetenversammlung  
am Montag, 19. Dezember 2011, um **20:00 Uhr**,  
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Die Stadtverordnetenversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig, da die auf dieser Tagesordnung aufgeführten Angelegenheiten am 15.12.2011 wegen Beschlussunfähigkeit zurückgestellt worden sind (§ 53 Abs. 2 HGO).

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Mitteilungen
3. **11-F-33-0053**

Tierschutzkunde und Naturpädagogische Angebote für Kinder  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 06.12.2011 -

In einer Stadt wie Wiesbaden, in der viele Tiere in Wohnungen gehalten werden und wenige Kontaktmöglichkeiten mit frei lebenden Tieren und Natur bestehen, ist eine Heranführung an den

Tierschutz wichtig. Die richtige Pflege und die artgerechte Haltung müssen erst erlernt werden - dies gilt besonders für Kinder.

Aus diesem Grund sind Einrichtungen wie der Kinderbauernhof, der Biberbau und das Naturpädagogische Zentrum in der Fasanerie und deren Arbeit für Wiesbaden von großer Bedeutung. Dort lernen Kinder und Jugendliche, angeleitet von Fachpersonal, den verantwortungsvollen Umgang mit Tieren und Natur. Sie lernen, dass Tiere Arbeit machen und umsorgt werden müssen, neben einer theoretischen Einweisung bekommen Kinder die Möglichkeit selbständig für Tiere zu sorgen - natürlich immer unter pädagogischer Betreuung.

Tierschutzkunde und Naturpädagogische Angebote sind von unschätzbarem Wert für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Neben der Pflege von Tieren und dem Umgang mit der Natur lernen Kinder Verantwortungsbewusstsein, sie lernen sich selbst und ihre Arbeit zu strukturieren.

Die bisherigen Angebote sind von herausragender Qualität. Leider bedeutet dies auch, dass die Nachfrage enorm hoch ist. Termine z.B. auf dem Kinderbauernhof sind begehrt und die Warteliste ist lang.

Um den Kindern Wiesbaden die Möglichkeit zu geben, mehr über Haustiere zu erfahren, aber auch den generellen Umgang mit Tieren zu erlernen, ist es wichtig neue Angebote in diesem Bereich zu schaffen bzw. die vorhandenen Angebote auszuweiten.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1.) unter Einbeziehung der vorhanden Angebote und Träger zu prüfen, wie Tierschutzkunde und Naturpädagogische Angebote ausgeweitet werden können. Insbesondere ob und wie solche Angebote auch in das Sommerferienprogramm des Jugendamtes aufgenommen werden können,
- 2.) darüber hinaus auch das Gespräch mit weiteren möglichen Akteuren zu suchen, um sie in die Arbeit einzubinden. Dies könnten z.B. Tierheime, Gnadenhöfe und Naturschutzverbände sein,
- 3.) zu prüfen, wie die Ergebnisse eines solchen zusätzlichen Angebotes einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann, vor allem, um den Kindern die Möglichkeit zu geben ihre Arbeit und das Erlernte darzustellen.

#### **4. 11-F-33-0054**

Kommunale Beschäftigungs- und Eingliederungsmaßnahmen sichern  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 07.12.2011 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

1. Es wird zur Kenntnis genommen:

1.1 Auf Grundlage des Stadtverordnetenbeschlusses Nr. 0305 vom 01. September 2011 konnten alle für die Jahre 2011 ff. geplanten Eingliederungsmaßnahmen ungekürzt fortgesetzt werden (Programmteil I Temporäre Kompensation der Bundeskürzungen). Insbesondere betrifft dies

- Eingliederungszuschüsse im 1. Arbeitsmarkt,
- Förderung der beruflichen Weiterbildung,
- Arbeitsgelegenheiten,

- Ausbildung im SGB II,
- Heranführung an Arbeit und Ausbildung.

Die im Beschluss Nr 0305 vorgemerkten Mittel i. H. v. 5,6 Mio. in 2012 und 8,3 Mio. in 2013 werden nicht vollem Umfang benötigt.

- 1.2 In einem zweiten Teil des Städtischen Programms für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung (Temporäre Fonds für Strukturanpassung) sollen Mittel für die notwendigen Veränderungen im Leistungsspektrum und in den Leistungsprozessen bei Wiesbadener Beschäftigungsträgern und der KommAV bereitgestellt werden. Im Teil III des Programms (Dauerhafte kommunale Aktivitäten) werden Mittel für den Aufbau und die laufende Finanzierung dauerhafter kommunaler Beschäftigungsprogramme benötigt.

2. Es wird beschlossen:

- 2.1 Zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit im Programmteil I (Temporäre Kompensation der Bundeskürzungen) werden in 2011 für 2011/2012 die erforderlichen Mittel von 3,6 Mio. € zur Verfügung gestellt und für 2013 ebenfalls 3,6 Mio. € dem Haushalt zugesetzt. Die Mittel sind zweckgebunden für den Programmteil I.

Dez. VI i. V. m. Dez III und der WJW werden beauftragt für den Programmteil II (Temporäre Fonds für Strukturanpassung) für 2012/2013 ein Konzept zu entwickeln. Zur Finanzierung dieses Programmteils können die noch nicht gebundenen Mittel der Beschäftigungsmaßnahmen in 2011 des Dez. III eingesetzt werden.

- 2.2 Dez. VI wird beauftragt, für den Programmteil III (dauerhafte kommunale Aktivitäten) ein Konzept in 2012 zu entwickeln.

## 5. 11-F-03-0121

Raus aus der Transparenzdefensive - Wiesbaden: transparent und bürgernah  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.12.2011 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:

Eine transparente Politik ist Voraussetzung für die Demokratie in einer modernen Bürgergesellschaft. Bürgerbeteiligung verkommt zu einer Farce, wenn sie einzig als Legitimationsgrundlage für unpopuläre Entscheidungen angesehen und genutzt wird, das haben nicht zuletzt die Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 gezeigt.

Der Magistrat wird gebeten,

1. sicherzustellen, dass den Stadtverordneten eine qualifizierte Auseinandersetzung mit den zu bearbeitenden Vorlagen möglich ist, indem er einen ausreichenden Vorlauf schafft um Zwangsentscheidungen unter Zeitdruck zu vermeiden.
2. den Fraktionen wichtige Fristen zu Verfahren bei Eingang mitzuteilen.

3. Stellungnahmen und Einsprüche so frühzeitig zu erstellen, dass sie noch rechtzeitig vor Fristablauf in den zuständigen Fachausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung beraten und entschieden werden können.
4. Projekte, die zu einer höheren Transparenz und/oder Bürgerbeteiligung führen, wie beispielweise Abgeordnetenwatch, zu unterstützen.
5. bei Großprojekten der Stadt Wiesbaden (z.B. Rhein-Main-Hallen, Platz der Deutschen Einheit, Kureck, Stadtbahn) eine über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgehende Bürgerbeteiligung durchzuführen. Dazu gehören umfassende Informationen von Anfang an, die die Bürgerinnen und Bürgern in die Lage versetzen, fundierte Bewertungen abzugeben.
6. den Beschluss 0242 der Stadtverordnetenversammlung vom 06. Mai 2010, "2. den Haushalt für die Öffentlichkeit lesbar auf die Homepage der Landeshauptstadt Wiesbaden einzustellen (analog der Stadt Frankfurt am Main)" und "3. in Kooperation mit den Stadtverordneten weiterhin an einer Verbesserung der Transparenz und Lesbarkeit des städtischen Haushalts für die kommenden Jahre zu arbeiten" endlich umzusetzen. Zur Umsetzung des Punktes 2 des Beschlusses gehört nicht nur eine Veröffentlichung in PDF-Form, sondern auch eine Aufbereitung in elektronisch lesbarer Form, z.B. Excel oder CSV. In Umsetzung des Punktes 3 des Beschlusses soll der Haushaltsplan der Landeshauptstadt Wiesbaden transparenter gestaltet werden, indem die Kostenstellenübersichten der Teilergebnishaushalte bis auf Kontenebene heruntergebrochen werden, so wie es zum Beispiel im Haushaltsplan der Stadt Darmstadt geschieht.
7. eine verkürzte, transparent und einfach dargestellte Gesamtübersicht über den städtischen Haushalt (analog zur Darmstädter Broschüre) zu entwickeln, den Gremien vorzustellen und nach Beratung online zu stellen.
8. sicherzustellen, dass die Besetzung von Kommissionen/Aufsichtsräten von Eigenbetrieben und städtischen Gesellschaften die parlamentarischen Stärkeverhältnisse widerspiegelt.

## 6. 11-F-08-0086

Digitale Bereitstellung der Unterlagen im öffentlichen Teil des Politischen Informationssystems Wiesbaden (PIWi)  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 30.11.2011 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Um die öffentlichen Beratungen in den Ausschüssen und in der Stadtverordnetenversammlung effektiver und für den interessierten Bürger/die interessierte Bürgerin transparenter zu gestalten möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

bei einem zeitnah durchzuführenden Update des städtischen Politischen Informationssystems Wiesbaden (PIWi)

1. die öffentlichen Sitzungsvorlagen (alle öffentlichen Drucksachenlisten) mit der Überstellung an die Stadtverordneten und die örtliche Presse auch auf der Internetseite der Landeshauptstadt Wiesbaden allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern zum Download bereit zu stellen

2. die Niederschriften der Ausschusssitzungen, der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ortbeiratssitzungen zeitnah nach Genehmigung in den jeweiligen Gremien in PIWi zu veröffentlichen.

## **7. 11-F-07-0022**

Bürgerbefragung zum Standort Neubau Rhein-Main-Hallen  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 29.11.2011 -

Für die geplante Bürgerbefragung sind nur zwei Alternativen vorgesehen, die Wilhelmstraße und eine Umklappvariante in die Herbert-Anlagen hinein. Für diese Anlagen bestehen klare denkmalschützerische Vorgaben; ein Parkpflegewerk, in der die Notwendigkeit der vollständigen Erhaltung dargelegt wird, wurde vor kurzem verabschiedet. Deshalb sollte die Bürgerschaft sich bei der Befragung für einen Neubau der Hallen an der Friedrich-Ebert-Allee entscheiden können, bei dem die Anlage nicht tangiert wird, z.B. für die sogenannte Verschiebevariante, die den Abbruch der Halle 5 vorsieht.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, bei der Bürgerbefragung zum Standort Neubau Rhein-Main-Hallen ein Votum für eine Variante an der Friedrich-Ebert-Allee zu ermöglichen, bei der der Verbindungsweg zwischen Friedrich-Ebert-Allee und Kronprinzenstraße als Grenze nicht überschritten wird.

## **8. 11-F-33-0046**

Rhein-Main-Hallen  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktion von CDU und SPD vom 15.11.2011 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

- 1.) Der Magistrat wird gebeten, Anfang Januar 2012 ein Expertenhearing in einer gemeinsamen Sitzung des Ältestenausschusses und des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration durchzuführen.

Ziel ist es, die sozialwissenschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die geeigneten Maßnahmen zu klären, unter denen eine Bürgerbeteiligung zur Frage des Standortes der RMH durchgeführt werden kann. Die formalen Voraussetzungen für eine qualifizierte Bürgerbefragung sollen geklärt werden. Weitere Grundlage soll sein, dass jede/r Wiesbadener Bürger/in die Möglichkeit erhalten soll, sich an dem Verfahren zu beteiligen und im Vorfeld umfassend informiert zu werden.

- 2.) Das Hearing findet öffentlich statt, ein Rederecht steht nur den Stadtverordneten zu. Am Ende des Hearings erfolgt eine Bürgerfragerunde zu den formalen Bedingungen einer Bürgerbefragung.
- 3.) Vor einer Bürgerbefragung am Ende des ersten Quartals 2012 müssen für die in Frage kommenden Neubaustandorte Wilhelmstraße sowie Friedrich-Ebert-Allee („modifizierte Verschiebevariante“) die folgenden Aspekte abschließend geklärt sein:

- Untersuchung der grundsätzlichen baurechtlichen und denkmalschutzrechtlichen Genehmigungsfähigkeit auf Basis der bis dahin bekannten Parameter

- Definition der bebaubaren Grundflächen

- Aufnahmefähigkeit des zu erwartenden Verkehrsaufkommens in Bezug auf die bestehenden Knotenpunkte

4.) Zur Vorbereitung eines nach Festlegung des Standorts durch die Stadtverordnetenversammlung durchzuführenden Architektenwettbewerbs wird der Magistrat beauftragt, detailliertere Untersuchungen über die verwendbaren Grundrisse - ausgehend von den Gebäudefunktionalitäten - und verkehrliche Simulationsmodelle verschiedener Anbindungsmöglichkeiten des Grundstücks zu beauftragen.

## 9. 11-F-05-0010

Aufbau eines lokalen Bildungsbündnisses gegen Analphabetismus  
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 07.12.2011 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, gemeinsam mit der Volkshochschule Wiesbaden, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und anderen Organisationen ein Bildungsbündnis gegen Analphabetismus in Wiesbaden einzurichten.

Ziel dieses Bündnisses soll es sein

- Analphabeten und funktionale Analphabeten zu ermutigen, ihre Defizite abzarbeiten,
- geeignete Weiterbildungsangebote zu entwickeln,
- durch Beratung der Betroffenen die bestehenden Hemmschwellen zu überwinden und individuelle Angebote zu vermitteln.

## Umgesetzte Punkte

### 10. 11-V-04-0010

DL 31/11-2

Schienegebundener ÖPNV in Wiesbaden und der Region

**ANLAGE**

### 11. 11-V-51-0063

DL 33/11-3, 32/11-4

Weiterführung der Übertragung von Aufgaben an den Stadtjugendring

**ANLAGE**

12. 11-V-80-2334 DL 34/11-6, 32/11-11

Parkhaus Coulinstraße - Entscheidung über den zu realisierenden Entwurf

**ANLAGE**

13. 11-V-51-0064 DL 35/11-1

Verantwortung für Wiesbaden; Anpassung der Kindertagesstättengebühren und Einführung einer Gebühr für die Betreuende Grundschule

14. 11-V-21-0005 DL 36/11-1

Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden (Hundesteuersatzung)

15. 11-V-31-0005 DL 36/11-2

Gefahrenabwehrverordnung; Erhöhung von Bußgeldern bei Nichtentfernen von Hundekot

16. 11-V-51-0076 DL 36/11-2 NÖ

Soziale Stadt Biebrich-SüdOst, Reprivatisierung Zoll, veränderte Umsetzung

17. 11-V-82-0012 DL 36/11-3

Deutsche Tourenwagen Meisterschaft (DTM), Auftaktveranstaltung 2012, Veranschlagung und Vorabfreigabe der Haushaltsmittel

**Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.**

## Tagesordnung II

1. **11-V-04-0010** umgesetzt  
Schienengebundener ÖPNV in Wiesbaden und der Region
  
2. **11-V-07-0015** DL 33/11-1, 32/11-1  
Einrichtung eines Sternengartens auf dem Wiesbadener Südfriedhof
  
3. **11-V-11-2010** DL 31/11-4  
Job-Ticket - Weiterführung im Jahr 2012 und 2013  
**ANLAGE**
  
4. **11-V-33-0006** DL 34/11-2  
Integrationsbericht 2010
  
5. **11-V-40-0045** DL 31/11-5  
Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2012; hier: Ausbau Grundschulkinderbetreuung
  
6. **11-V-41-0034** DL 31/11-6  
Internationale Maifestspiele 2011; vorläufiger Abschluss
  
7. **11-V-51-0054** DL 34/11-3  
Ersatzneubau des Senioren- und Pflegeheimes der Nassauischen Blindenfürsorge e. V.
  
8. **11-V-51-0063** umgesetzt  
Weiterführung der Übertragung von Aufgaben an den Stadtjugendring



9. **11-V-51-0069** **DL 33/11-4, 32/11-5**  
Ev. Stephanusgemeinde in Kostheim, Umbau des Gemeindehauses zur Schaffung neuer Krippenplätze
10. **11-V-52-0019** **DL 34/11-4**  
Freigabe von Mitteln 2012 des Sportamtes
11. **11-V-61-0047** **DL 34/11-5**  
Planungsverfahren Wohngebiet Bierstadt-Nord
12. **11-V-61-0054** **DL 33/11-6, 32/11-7**  
Neubau des AAFES-Shopping-Centers (PX) für die US- Streitkräfte auf der Liegenschaft Wiesbaden-Hainerberg, Beteiligung der Gemeinde
13. **11-V-63-0005** **DL 32/11-8**  
Baugrundstück Dotzheim, Helmholtzstraße 21-65 - Bauvoranfrage Az.: 634723/08 - Neubau von Geschosswohnungsbau zur Siedlungsverdichtung (5 Gebäude mit ins. 50 Wohnungen)
14. **11-V-63-0009** **DL 32/11-9**  
Baugrundstück: Wiesbaden, Hasengartenstraße 24, 26, 28, 30, Weidenbornstraße 29, 31 - Az.: 6302/632018/11 - Neubau 6 Mehrfamilienhäuser mit 128 Wohnungen, eine unterirdische Mittelgarage für 25 Pkw-Stellplätze und eine unterirdische Großgarage mit 120 Pkw-Stellplätzen
15. **11-V-66-0229** **DL 33/11-7, 32/11-10**  
Rosselstraße / Dambachtal; Einrichtung Tempo-30-Zone
16. **11-V-70-0005** **DL 31/11-7**  
Jahresabschluss 2010 der ELW - Feststellung des Jahresabschlusses; Ergebnisverwendung

17. **11-V-80-2334** **umgesetzt**

Parkhaus Coulinstraße - Entscheidung über den zu realisierenden Entwurf

18. **11-V-80-8013** **DL 33/11-8, 32/11-12**

Austritt der Landeshauptstadt Wiesbaden aus der FRM "Frankfurt RheinMain GmbH  
International Marketing of the Region"

19. **11-V-82-0015** **DL 34/11-7**

Neubau Rhein-Main-Hallen - Projektstruktur und -Anschubfinanzierung

### Tagesordnung III

1. **11-V-07-0016** **DL 32/11-2** **verschoben auf die Sitzung 02/2012**

ELW-Betriebskommission  
Wahl von wirtschaftlich und/oder technisch besonders erfahrenen Personen

2. **11-V-10-0024** **DL 33/11-2, 31/11-3** **verschoben auf die Sitzung 02/2012**

Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden in Organen von Gesellschaften und sonstigen  
Gremien; Änderungen in der Besetzung

3. **11-V-31-0004** **DL 34/11-1**

Verordnung zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der  
Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Wiesbaden

**Hinweis:** Die Originalpläne liegen im Amt der Stadtverordnetenversammlung zur Einsicht bereit.

4. **11-V-37-0004** **DL 32/11-3**

Änderungssatzung über die Gebühren für den Rettungsdienst

5. **11-V-61-0002** **DL 33/11-5, 32/11-6**  
Bebauungsplan "Danziger Straße" im Ortsbezirk Sonnenberg - Beschluss über die öffentliche Auslegung -
6. **11-V-20-0071** **DL 35/11-1 NÖ**  
Finanzierung der Kapitalerhöhung der WIM GmbH
7. **11-V-51-0064** **umgesetzt**  
Verantwortung für Wiesbaden; Anpassung der Kindertagesstättengebühren und Einführung einer Gebühr für die Betreuende Grundschule
8. **11-V-52-0018** **DL 34/11-6 NÖ**  
Durchführung der Europameisterschaft "IRONMAN Germany 70.3" in Wiesbaden ab 2013
9. **11-V-21-0005** **umgesetzt**  
Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden (Hundesteuersatzung)
10. **11-V-31-0005** **umgesetzt**  
Gefahrenabwehrverordnung; Erhöhung von Bußgeldern bei Nichtentfernen von Hundekot
11. **11-V-51-0076** **umgesetzt**  
Soziale Stadt Biebrich-SüdOst, Reprivatisierung Zoll, veränderte Umsetzung
12. **11-V-82-0012** **umgesetzt**  
Deutsche Tourenwagen Meisterschaft (DTM), Auftaktveranstaltung 2012, Veranschlagung und Vorabfreigabe der Haushaltsmittel

## Tagesordnung IV

1. **11-V-02-0003** **DL 33/11-1 NÖ, 32/11-1 NÖ**  
Änderung Gesellschaftsvertrags HSK
  
2. **11-V-02-0004** **DL 33/11-2 NÖ, 32/11-2 NÖ**  
HSK, Monatsbericht September 2011
  
3. **11-V-02-0005** **DL 34/11-1 NÖ**  
HSK
  
4. **11-V-20-0074** **DL 34/11-2 NÖ**  
Umwandlung Gesellschafterfremdkapital
  
5. **11-V-20-0080** **DL 34/11-3 NÖ**  
Stationäre Altenpflege in kommunaler Trägerschaft;
  
6. **11-V-20-0082** **DL 32/11-3 NÖ**  
Kredit
  
7. **11-V-20-0085** **DL 34/11-4 NÖ**  
Bürgschaft
  
8. **11-V-20-0086** **DL 35/11-2 NÖ, 34/11-5 NÖ**  
Beschluss Betrauungsakten

9. 11-V-36-0014 DL 32/11-4 NÖ  
Niederschrift nicht öffentliche Sitzung Naturschutzbeirat am 27.10.2011

10. 11-V-80-2326 DL 34/11-7 NÖ  
Erweiterung Gewerbeeinheit

11. 11-V-80-2327 DL 33/11-3 NÖ, 32/11-5 NÖ  
Verkauf eines Baugrundstücks

12. 11-V-80-2335 DL 33/11-4 NÖ, 32/11-6 NÖ  
Verkauf eines Gewerbegrundstückes

**ANLAGE NICHT ÖFFENTLICH**

**HINWEIS:**

Der Anlagenband vom 15.12.2011 gilt weiterhin und wird nicht noch einmal umgedruckt.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher